

US-Präsident Donald Trump macht Nahost-Politik im Western-Format. Mit der Androhung von Zöllen auf Champagner will er zum Beispiel Frankreich in den von ihm geführten Friedensrat zwingen. Das ist nicht die einzige Ungereimtheit im 20-Punkte-Plan der US-Administration für Frieden in Nahost, wie die Nahost-Expertin Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik betont. Was von der US-Politik zu halten ist und welche Rolle Europa spielen sollte.

**Frau Dr. Asseburg, verstehen Sie all die Wendungen noch, die Washington im Nahost-Konflikt aufweist?**

Es ist nicht einfach, den Überblick zu bewahren. Von der Trump-Administration werden viele Dinge vermischt. Dabei geht es oft nicht um die zentrale Frage, wie man den Konflikt vor Ort einhegt. Dafür sind wir mit Machtspielen konfrontiert, mit globalen Ambitionen und mit unternehmerischen Interessen.

**Für Aufregung sorgt jetzt der „Friedensrat“. Gemeint ist ein international besetztes Gremium, das die Übergangsregierung im Gazastreifen kontrollieren soll. Warum stößt das auf Vorbehalte?**

Bei dem Friedensrat handelt es sich um ein hochproblematisches Gremium. Einerseits, weil es darauf abzielt, den UN-Sicherheitsrat zu ersetzen oder an ihm vorbei zu handeln. Andererseits, weil es direkt auf die Person Donald Trump zugeschnitten ist – dies ist noch nicht einmal an das Amt als US-Präsident gebunden. Trump soll in dem Gremium die letzte Entscheidung über fast alles haben. Er ernennt Mitglieder und entlässt sie auch wieder. Er gibt die Aktivitäten vor, er entscheidet über die Mittelverteilung. Und dann sollen die Mitglieder des Gremiums noch eine Milliarde US-Dollar zahlen, wenn sie einen dauerhaften Sitz haben wollen.

**Ist das Gremium legitimiert?**

Trump hat im vergangenen September seinen 20-Punkte-Plan für Gaza vorgelegt. Dazu gab es Mitte November eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die den Plan und drei Institutionen (den Friedensrat, eine internationale Stabilisierungstruppe und ein palästinensisches Technokratenkomitee) für eine Übergangszeit bis Ende 2027 legitimiert. Doch in der Charta des Gremiums, wie es jetzt etabliert wurde, steht gar nichts mehr von Gaza. Der Friedensrat soll jetzt potenziell für alle Konflikte in der Welt zuständig sein. Dafür gibt es kein Sicherheitsratsmandat.

**Die Signale sind widersprüchlich. Einerseits soll der Friedensplan umgesetzt werden, andererseits gibt es Berichte, wonach Israel und die Hamas neue Kämpfe vorbereiten.**

Was denn nun: Krieg oder Frieden in Nahost? Wir sind sehr weit von Frieden entfernt. Doch es gibt meines Erachtens ein ernsthaftes Bemühen der US-Administration, nun die zweite Phase des Friedensplans voranzubringen – mit diesem kompliziertesten institutionellen Set-up aus Friedensrat, Exekutivkomitee für Gaza und einer palästinensischen Technokraten-Regierung im Gazastreifen. Das Problem ist: Noch sind viele Detailfragen ungeklärt.

**Welche?**

Kommt es zur Einsetzung einer internationalen Stabilisierungstruppe, wie sie Trumps 20-Punkte-Plan vorsieht? Wie sollen Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der palästinensischen Milizen vor sich gehen? Nach welchem Konzept soll der Wiederaufbau in Gaza erfolgen? Wer wird ihn finanzieren?

**Wie ist die Lage im Gazastreifen?**

Mit dem Waffenstillstand vom 10. Oktober ist die Gewalt zurückgegangen. Doch sie hat nie aufgehört. In den letzten 100 Tagen wurden mehr als 470 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet, darunter 100 Kinder, sowie drei israelische Soldaten. Und wir haben nach wie vor eine sehr schwierige humanitäre Lage. Zwar gelangen mehr Waren in den Gazastreifen. Doch diese reichen bei weitem nicht. Israel verweigert zudem die Einfuhr von schwerem Gerät und Behelfsunterkünften. Dabei wären diese angesichts von Winterstürmen und Überflutungen dringend nötig. Die Menschen, die in Zelten hausen, sind dem Wetter schutzlos ausgeliefert.

**Und dann will Israel zum 1. März weiteren 37 Hilfsorganisationen den Zugang in das Krisengebiet verweigern, darunter „Ärzte ohne**



Zerstörung so weit das Auge reicht. Die Menschen im Gazastreifen leiden weiter unter großen Entbehrungen. Foto: Khames Alrefi/Imago

# „Wir sind sehr weit von Frieden entfernt“

**Muriel Asseburg** Während die Welt nach Grönland schaut, bleibt es in Gaza unruhig. Die Gewalt sei nicht verschwunden, sagt die Nahost-Expertin. Wie sie Donald Trumps Friedensrat einordnet, warum die Hamas erstarkt und welche Taktik Israels Premier Netanjahu verfolgt. *Von Elisabeth Zoll*



Wir sehen im Gazastreifen eine Fortdauer von Besetzung plus eine neue Form von Fremdherrschaft.

**Grenzen“. Was bedeutet das?**

Das wird die humanitäre Lage noch weiter verschärfen, mit existenziellen Folgen für die Bevölkerung von Gaza. Und es wird dafür sorgen, dass es noch weniger Augenzeugen für das gibt, was in den palästinensischen Gebieten passiert.

**Wie sehen Sie die Vermittlerrolle der USA?**

Die USA sind die einzige Macht, die tatsächlich effektiv Druck ausüben kann. Doch dabei sind sie nicht neutral und unter Trump auch kein ehrlicher Makler. Dafür geht die Trump-Administration teils ungewöhnliche Wege, indem sie beispielsweise direkt mit der Hamas spricht. Vor allem aber setzt sie auf Macht und Erpressung. Und sie agiert extrem erratisch und unterminiert dabei manche Erfolge, die sie selbst erzielt hat – zum Beispiel die Waffenstillstandsvereinbarung von Anfang letzten Jahres.

**Sie haben gesagt, dass die zweite Phase des Friedensplans eingeläutet wird. Ist die erste denn überhaupt abgeschlossen?**

Man hat wichtige Vorkehrungen umgesetzt – auch wenn die Militäroperationen nicht ganz gestoppt wurden, der Grenzübergang Rafah nicht geöffnet ist und die Hamas den Leichnam der letzten Geisel nicht an Israel übergeben hat. Der Gazastreifen selbst ist heute effektiv zweigeteilt. Im westlichen Streifen konnte sich die Hamas etablieren.

**Will die Miliz überhaupt Macht abgeben an eine Technokraten-Regierung?**

Sie hat zumindest zugesagt, die Verwaltung an das Technokraten-Komitee abzugeben. Die Hamas und andere Gruppierungen haben sich in Kairo darauf verständigt, wer Mitglied dieses Komitees sein soll, das zunächst von Kairo aus arbeitet. Es hat ohnehin keine wirkliche Entscheidungsbefugnis, da es dem Friedensrat und seinem Exekutivkomitee untersteht. Wir sehen im Gazastreifen jetzt

eine Fortdauer von Besetzung plus eine neue Form von Fremdherrschaft.

**Knifflig bleibt die Entwaffnung der Hamas.**

Da ist vieles noch nicht klar, zum Beispiel, ob es einen umfassenden DDR-Prozess (Anm. der Red: Disarmament, Demobilisation, Reintegration) geben wird oder ob die Hamas militärisch entwaffnet werden soll. Und wer soll das dann umsetzen – die Internationale Stabilisierungstruppe? Oder das Technokraten-Komitee? Lässt Israel dessen Mitglieder überhaupt in den Gazastreifen reisen? Auch ist offen, wie dieses Komitee geschützt wird, auf welchen Apparat es sich stützen kann, auf welche Ordnungskräfte. Müsste es etwa vor Ort mit Kräften der Hamas zusammenarbeiten, solange es keine Internationale Truppe gibt?

**Da passt vieles nicht zusammen ...**

Der US-Plan ist hemdsärmelig gemacht und nicht konsistent. Vielleicht kann man den US-Vermittlern zugutehalten, dass sie sich zunächst auf die großen Linien konzentriert haben und hoffen, die Detailfragen während der Umsetzung lösen zu können. Doch das wirft große Probleme auf. Hätte es beispielsweise bereits beim Beginn des Rückzugs der israelischen Armee eine internationale Stabilisierungstruppe gegeben, hätte sich die Hamas nicht mehr so etablieren können. Wie es jetzt aussieht, ist fraglich, ob es die internationale Truppe überhaupt geben wird. Kein Land wird seine Soldaten schicken, wenn das Mandat nicht geklärt und in einen entsprechenden politischen Rahmen eingebunden ist.

**Sehen Sie ein Interesse auf US-Seite, den Plan auszurollen?**

Ein Interesse schon; die Frage ist, wieviel Kapazitäten es gibt. In den USA wurden die Ministerien so ausgehöhlt, dass diese eine Feinarbeit kaum mehr leisten können. Viele qualifizierte Diplomaten

wurden entlassen. Im Civil Military Coordination Center etwa arbeiten überwiegend Militärs, die die Situation vor Ort nicht kennen. Und die Handvoll Vermittler müssen sich gleichzeitig auch noch mit Venezuela, dem Iran und der Ukraine befassen.

**Was hat das für Folgen?**

Das birgt die Gefahr, dass Arrangements getroffen werden, die der Situation nicht angemessen sind und die nicht zu einer Befriedung führen. Damit könnte sich die Fremdherrschaft über den Gazastreifen verfestigen, wie auch eine Zwei- oder gar Dreiteilung des Gebietes und die dauerhafte Abtrennung von der Westbank.

**Wer hat Interesse an Instabilität?**

Zum Beispiel diejenigen, die das Annexionsprojekt im Westjordanland vorantreiben und die den Gazastreifen wieder besiedeln wollen. Das sind die Gegner einer Zwei-Staaten-Lösung.

**Wie die Regierung Netanjahu. Will sie Trumps Friedensplan umsetzen?**

Die jetzige israelische Regierung strebt definitiv keinen Ausgleich mit den Palästinensern an. Sie möchte die Annexion und die Siedlungspolitik vorantreiben. Und sie tut alles, um die Palästinensische Autonomiebehörde zu schwächen und die internationale Präsenz aus der Region hinauszudrängen. Sie wird versuchen, den Friedensplan zu unterminieren. Dabei spielt ihr in die Hand, dass es keinen konkreten Zeitplan gibt, wann Israel sich aus bestimmten Gebieten zurückziehen muss. Die weiteren Truppenrückzüge hängen von der Etablierung der Internationalen Stabilisierungstruppe ab und sollen in Absprache mit Israel erfolgen. Das heißt, Israel hat dabei ein starkes Vortrecht. Fortschritte wird es daher nur unter starkem und nachhaltigem Druck der USA geben.

**Spielen die Europäer und die deutsche Seite da eine Rolle?**

Beide sind in Nahost keine Gestaltungsmacht. Das heißt aber nicht, dass sie außen vor sind. Sie können und sollten eine wichtige Rolle spielen: bei der humanitären Hilfe, beim Wiederaufbau – dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern auch den Rahmen, wie dieser vorstattgehen soll –, bei der Unterstützung von Zivilgesellschaft. Und sie müssen versuchen, die USA bei der Stange zu halten, damit es zu einer langfristigen Regelung kommen kann.

**Lässt sich eine Zwei-Staaten-Lösung angesichts der Zerstückelung der Westbank überhaupt noch umsetzen?**

Mit jeder neuen Siedlungseinheit steigen die Kosten für eine Zwei-Staaten-Lösung, weil die Siedlungseinheit zurückgebaut oder ein Ausgleich für die Landnahme gefunden werden muss. Jede Siedlung zerschneidet das Territorium weiter. Deshalb werden zunehmend auch politische Alternativen diskutiert, wie die einer Konföderation oder die eines binationalen Staates, in dem beide Völker die gleichen politischen Rechte haben.

**Welches Modell hat das meiste Potenzial?**

Für mich wäre das ein binationaler Staat. Aber dafür gibt es nach dem 7. Oktober und dem Krieg in Gaza noch weniger Unterstützung in den Gesellschaften als zuvor. Ohnehin steht für mich nicht das Format im Vordergrund. Es geht darum ein Arrangement zu finden, in dem beide Völker selbstbestimmt, in Würde und in Sicherheit leben können. Dazu fehlt der politische Wille.

**Keine optimistischen Aussichten.**

Es gibt derzeit wenig Anlass für Optimismus. Meine bescheidene Hoffnung ist, dass zumindest das Blutvergießen im Gazastreifen endet und sich die humanitäre Situation verbessert.

**Mit der Region vertraut**

**Muriel Asseburg**, Jahrgang 1968, ist Nahost-Expertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Seit Jahren forscht und publiziert die promovierte Politologin zu den Konflikten in der Region. Sie lebte und forschte in den USA, in Israel und Palästina, Syrien und dem Libanon. Zuletzt erschienen ist in diesem Kontext das Buch „Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza“ im C. H. Beck Verlag.

**Seit 2024** leitet sie bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin die Themenlinie Autokratisierung als Herausforderung für die deutsche und europäische Politik.